



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 12.5.2025  
C(2025) 3077 final

Herr Jan Lipavský  
Minister für auswärtige Angelegenheiten  
Ministerium für auswärtige  
Angelegenheiten  
Loretánské náměstí 5  
118 00 Prag 1  
Tschechien

**Betr.: Notifizierung 2025/0093/CZ**

**Entwurf einer Regierungsverordnung über die Liste  
psychomodulierender Substanzen**

**Abgabe einer ausführlichen Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2  
der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**

Sehr geehrter Herr Lipavský,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 <sup>(1)</sup> notifizierten die tschechischen Behörden der Kommission am 25. Februar 2025 den „Entwurf einer Regierungsverordnung über die Liste psychomodulierender Substanzen“ (im Folgenden „der notifizierte Entwurf“), in dem vier neue Stoffe in dieser Gruppe aufgeführt sind (Kratom, Kratom-Extrakt, Hanf/Cannabis bis zu 1 % Tetrahydrocannabinol (THC) und Hanf/Cannabis-Extrakt und -Tinktur bis zu 1 % THC).

Tschechien definierte diese neue Kategorie psychomodulierender Stoffe in § 2 Absatz 1 des Gesetzes Nr. 167/1998 über suchterzeugende Stoffe und zur Änderung bestimmter anderer Gesetze in der Fassung vom 1. Januar 2025. Dieses Änderungsgesetz war bereits Gegenstand der Notifizierung 2024/0265/CZ und führte eine neue Kategorie von Substanzen mit psychoaktiver Wirkung ein, nämlich psychomodulierende Substanzen. Mit dem Gesetz wird ein Regelungsrahmen für Stoffe geschaffen, die – entgegen den Internationalen Übereinkommen zur Kontrolle von Betäubungsmitteln – in Tschechien nicht als Betäubungsmittel gelten und die aufgrund ihrer psychoaktiven Wirkung nach EU-Recht nicht als „Lebensmittel“ gelten können. Mit dem Entwurf werden strengere Vorschriften für das Inverkehrbringen dieser Substanzen eingeführt, unter anderem durch

---

<sup>1)</sup> Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

das Verbot der Werbung für diese Stoffe und des Verkaufs über Verkaufsautomaten und außerhalb von Fachgeschäften, den Verkauf dieser Stoffe an Personen unter 18 Jahren, den Zugang von Kindern zu Fachhäusern, in denen die Stoffe verkauft werden, und der Verkauf in Schulen und anderen aufgelisteten Orten sowie strenge Beschränkungen des Online-Verkaufs. Die Kommission hatte zu dieser Notifizierung Anmerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 in Bezug auf die Wechselwirkung zwischen dem notifizierten Entwurf und dem Rahmenbeschluss 2004/757/JHA <sup>(2)</sup> des Rates über den illegalen Drogenhandel (im Folgenden „Rahmenbeschluss 2004/757“) abgegeben. Sie wies darauf hin, dass es den tschechischen Behörden zwar grundsätzlich freisteht, die neue Kategorie psychomodulierender Substanzen einzuführen, die nach strengen Regeln in Verkehr gebracht werden können, die Aufnahme von Substanzen, die bereits als Drogen im Rahmen der Internationalen Übereinkommen zur Kontrolle von Betäubungsmitteln und des Rahmenbeschlusses 2004/757 als Drogen aufgeführt sind, mit diesen Rechtsrahmen jedoch unvereinbar ist.

Tschechien erläuterte, wie es diese Bemerkungen bei der anschließenden Ausarbeitung der Regierungsverordnung über die Liste der psychomodulierenden Substanzen , Gegenstand der aktuellen Notifizierung sind, berücksichtigen würde.

Bei einem Treffen am 30. Januar 2025 stellte Tschechien seine neuen Rechtsvorschriften über psychomodulierende Substanzen zunächst den anderen Mitgliedstaaten vor; anschließend tauschten Tschechien und die Kommission erneut ihre Ansichten über die in Vorbereitung befindliche Liste psychomodulierender Substanzen aus.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission dazu veranlasst, die folgende ausführliche Stellungnahme abzugeben.

Die vorgesehene Maßnahme steht nicht im Einklang mit dem abgeleiteten Gemeinschaftsrecht.

Die Aufnahme von Cannabis mit einem THC-Gehalt von bis zu 1 % und von Cannabis-Extrakt und -Tinktur mit einem THC-Gehalt von bis zu 1 % in die tschechische Liste der psychomodulierenden Substanzen würde – unter bestimmten Bedingungen – das Inverkehrbringen von Drogen für den menschlichen Gebrauch in Tschechien ermöglichen. Nach Artikel 2 des Rahmenbeschlusses 2004/757 trifft jedoch jeder Mitgliedstaat die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass das Verkaufen, Verteilen, Feilhalten und andere vorsätzliche Handlungen im Zusammenhang mit Drogen unter Strafe gestellt werden, wenn sie ohne entsprechende Berechtigung vorgenommen wurden.

Drogen werden in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe a des Rahmenbeschlusses 2004/757 definiert als „sämtliche Stoffe, die im Einheits-Übereinkommen von 1961 über Suchtstoffe (in der durch das Protokoll von 1972 geänderten Fassung) oder im Wiener Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe erfasst sind“.

---

<sup>2)</sup> Rahmenbeschluss 2004/757/JI des Rates vom 25. Oktober 2004 zur Festlegung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und die Strafen im Bereich des illegalen Drogenhandels, [http://data.europa.eu/eli/dec\\_framw/2004/757/2022-08-18](http://data.europa.eu/eli/dec_framw/2004/757/2022-08-18)

In Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe j des Einheits-Übereinkommens wird der Begriff „Betäubungsmittel definiert als „jeden in den Tabellen I und II aufgeführten natürlichen oder synthetischen Stoff“. In Tabelle I des Einheits-Übereinkommens werden „Cannabis und Cannabisharz sowie Extrakte und Tinkturen von Cannabis“ aufgeführt. Die Begriff „Cannabis“ im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Einheits-Übereinkommens bedeutet: „die Blüten- oder Fruchtstände der Hanfkrautpflanze (ausgenommen die Samen und die nicht mit solchen Ständen vermengten Blätter), denen das Harz nicht entzogen worden ist, gleichgültig, mit welchem Namen sie bezeichnet werden.“

Dem Begründungstext zum notifizierten Entwurf zufolge sind die von Tschechien neu erfassten psychomodulierenden Substanzen neben Kratom und Kratom-Extrakt, die derzeit in keiner Tabelle des Einheits-Übereinkommens aufgeführt sind,

- Cannabis bis zu 1 % THC als „der blühende oder fruchttragende Blütenstand einer Cannabispflanze oder der oberirdische Teil einer Cannabispflanze mit einem Blütenstand, der die Summe der Stoffe der Tetrahydrocannabinol-Gruppe und ihrer Säuren bis zu einem Höchstgehalt von 1 % des Stoffgehalts enthält, die für den menschlichen Verzehr oder die Verarbeitung für den menschlichen Verzehr bestimmt sind [...]. Es sei darauf hingewiesen, dass es sich um Erzeugnisse handelt, die für den menschlichen Verzehr angeboten und auch zu diesem Zweck hergestellt und hergestellt werden und daher nicht unter die für Industriehanf festgelegte Behandlung fallen“ (für die im Rahmen der Internationalen Übereinkommen zur Kontrolle von Betäubungsmitteln Ausnahmen gelten);
- Cannabisextrakt und -tinktur bis zu 1 % THC als „Auszug oder Auslaugung aus Cannabis mit bis zu 1 % THC, der bzw. die die Summe der Stoffe der Tetrahydrocannabinol-Gruppe und ihrer Säuren in einem Gehalt von 1 % des Stoffgehalts enthält und für den menschlichen Verzehr oder die Verarbeitung für den menschlichen Verzehr bestimmt ist [...]“. Diese waren zuvor von der tschechischen Definition der suchterzeugenden Stoffe ausgenommen worden.

Abgesehen von den Ausnahmen für industrielle, gärtnerische, medizinische und wissenschaftliche Zwecke, die im vorliegenden Fall nicht gelten, enthält das Einheits-Übereinkommen keine Ausnahme hinsichtlich der Einstufung von Cannabis oder Cannabisextrakt und -tinktur im Sinne des Übereinkommens. Es wird nicht zwischen bestimmten Schwellenwerten für THC in Cannabis oder Cannabisextrakt und -tinktur unterschieden.

Das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 19. November 2020 in der Rechtssache C-663/18, B S und C A, in dem Cannabidiol (CBD) von der Einstufung als „Medikament“ ausgeschlossen wurde, da es nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft keinen psychoaktiven Inhaltsstoff enthält, ist nicht relevant, da Cannabis bis zu 1 % THC und Cannabisextrakt und -tinktur bis zu 1 % THC tatsächlich einen solchen psychoaktiven Inhaltsstoff enthalten. CBD wird in keinem der Internationalen Übereinkommen zur Kontrolle von Betäubungsmitteln aufgeführt, wogegen THC in Tabelle I des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe aufgeführt ist.

Daher bedeutet die Aufnahme von Cannabis bis zu 1 % THC und Cannabisextrakt und -tinktur bis zu 1 % THC in die Liste der psychomodulierenden Substanzen durch den notifizierten Entwurf, dass eine illegale Droge – unter bestimmten Bedingungen – für den menschlichen Verzehr verkauft werden darf. Dies steht nicht im Einklang mit dem Rahmenbeschluss 2004/757, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, den Handel mit Drogen unter Strafe zu stellen.

Die Kommission fordert die tschechischen Behörden auf, die vorstehende ausführliche Stellungnahme zu berücksichtigen, um sicherzustellen, dass die nationalen Rechtsvorschriften im Einklang mit dem geltenden Unionsrecht und dem Völkerrecht erlassen und angewandt werden.

Die Kommission erinnert die tschechischen Behörden daran, dass sie die Kommission gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 über die Maßnahmen unterrichten müssen, die sie aufgrund der ausführlichen Stellungnahmen zu ergreifen beabsichtigen.

Die Kommissionsdienststellen sind offen für eine enge Zusammenarbeit und Diskussion mit den tschechischen Behörden über mögliche Lösungen für die festgestellten Probleme im Hinblick auf die volle Einhaltung des EU-Rechts.

Sollten die tschechischen Behörden den in der Richtlinie (EU) 2015/1535 festgelegten Verpflichtungen allerdings nicht nachkommen oder sollte der Wortlaut des zu prüfenden notifizierten Entwurfs ohne Berücksichtigung der erhobenen Einwände angenommen werden oder anderweitig gegen das Unionsrecht verstoßen, behält sich die Kommission das Recht vor, ein Verfahren gegen Tschechien gemäß Artikel 258 des AEUV einzuleiten.

Hochachtungsvoll

Für die Kommission

Stéphane Séjourné  
Exekutiv-Vizepräsident